

**ORTSRECHT
DER
GEMEINDE
ALLMANNSHOFEN**

**Verordnung über das Anbringen von
Anschlägen und Plakaten und über die
Darstellung durch Bildwerfer der
Gemeinde Allmannshofen**

(Plakatierungsverordnung)

Plakatierungsverordnung der Gemeinde Allmannshofen



INHALTSVERZEICHNIS:

§ 1 Beschränkung von Anschlägen auf bestimmte Flächen	2
§ 2 Begriffsbestimmungen	2
§ 3 Ausnahmen	3
§ 4 Ordnungswidrigkeiten	4
§ 5 Inkrafttreten	5

Plakatierungsverordnung der Gemeinde Allmannshofen



Aufgrund des Art. 28 des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (LStVG) erlässt die Gemeinde Allmannshofen folgende Verordnung:

§ 1 Beschränkung von Anschlägen auf bestimmte Flächen

(1) Zum Schutz des Orts- und Landschaftsbildes und zum Schutze von Natur-, Kunst- und Kulturdenkmälern dürfen Anschläge in der Öffentlichkeit nur unter bestimmten Vorgaben angebracht werden:

a) **Gewerbliche Plakatierung**

Eine gewerbliche Plakatierung (max. 5 Plakate bis DIN A 0) darf nur an den von der Gemeinde Allmannshofen zugelassenen Anschlagflächen, welche sich außerhalb der Plakatierungsverbotszonen gemäß § 2 Abs. 3 befinden, angebracht werden.

b) **Vereinsplakatierung**

(nicht gewerblicher Art – gilt auch für nicht örtliche Vereine)

Im Bereich der Gemeinde Allmannshofen dürfen max. 5 Vereinsplakate (nicht gewerblicher Art) pro Veranstaltung zusätzlich auf Plakatständern außerhalb der Plakatierungsverbotszonen gemäß § 2 Abs. 3 angebracht werden.

c) **Bildwerfer**

Darstellungen durch Bildwerfer dürfen in der Öffentlichkeit nur nach vorheriger Genehmigung durch die Verwaltungsgemeinschaft Nordendorf im Auftrag der Gemeinde Allmannshofen vorgeführt werden.

(2) Die genehmigten Werbemittel müssen spätestens innerhalb einer Woche nach der Veranstaltung wieder entfernt werden.

§ 2 Begriffsbestimmungen

(1) Anschläge in der Öffentlichkeit sind Plakate, Zettel oder Tafeln, die an unbeweglichen Gegenständen wie Häusern, Mauern, Zäunen, Telegrafmasten oder an beweglichen Gegenständen wie Ständern angebracht werden, wenn die Anschläge von einer nach Zahl und Zusammensetzung unbestimmten Menschenmenge – insbesondere vom öffentlichen Verkehrsraum aus – wahrgenommen werden können.

(2) Die Vorschriften insbesondere der Straßenverkehrsordnung (StVO), des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG), des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) bleiben unberührt. Insbesondere ortsfeste Anlagen der Wirtschaftswerbung (Werbeanlagen) im Sinn von

Plakatierungsverordnung der Gemeinde Allmannshofen



Art. 2 Abs. 1 Satz 2 BayBO fallen somit nicht unter den Regelungsbereich dieser Verordnung.

(3) Für diese Verordnung werden für die folgenden Bereiche Plakatierungsverbotszonen, wie in Anlage 1 zu dieser Verordnung ersichtlich, festgelegt:

- ▲ im Bereich der Kirchberghalle in der Hauptstraße von Hausnummer 9 bis Hausnummer 21,
- ▲ im gesamten Bereich des Kloster Holzen in der kompletten Klosterstraße, sowie in der Graf-von-Treuberg-Straße in Teilbereichen bis zur Einmündung in die Klosterstraße
- ▲ im Bereich der Kath. Pfarrkirche „St. Nikolaus“ und des Bürgerhauses Allmannshofen in der Kirchstraße von Hausnummer 12 bis Hausnummer 15
- ▲ im Bereich des Friedhofes in der Waldstraße von Hausnummer 8 bis Hausnummer 18

§ 3 Ausnahmen

(1) Von der Beschränkung nach § 1 ausgenommen sind

- (a) Bekanntmachung, die von den Eigentümern, dinglich Berechtigten, Pächtern oder Mietern von Anwesen oder Grundstücken an diesen in eigener Sache angeschlagen werden, und
- (b) Plakate und Ankündigungen, die für Veranstaltungen durch öffentliche Vereine und Verbände in den Schaufenstern ausgehängt werden.

(2) Von der Beschränkung nach § 1 ebenfalls ausgenommen sind **Wahlplakate und ähnliche Werbemittel**, welche an beweglichen Wahlplakatständern in einer maximalen Anzahl von 5 Stück pro Antragsteller angebracht worden sind, in folgendem Umfang für

- a) Die jeweils zu den Wahlen zugelassenen politischen Parteien und Wählergruppen bei
 - Europawahlen 6 Wochen vor dem Wahltermin
 - Bundestagswahlen 6 Wochen vor dem Wahltermin
 - Landtagswahlen 6 Wochen vor dem Wahltermin
 - Kommunalwahlen 6 Wochen vor dem Wahltermin
- b) die jeweiligen Antragsteller bei Volksbegehren während der Dauer der Auslegung der Eintragungslisten

Plakatierungsverordnung der Gemeinde Allmannshofen



- c) die jeweiligen Antragsteller und die jeweiligen politischen Parteien und Wählergruppen bei
Volksentscheiden 6 Wochen vor dem
Abstimmungstermin
- (3) Für die Ausnahmen von der Beschränkung gemäß Abs. 1 und 2 finden die Regelungen der Plakatierungsverbotszonen gemäß § 2 Abs. 3 ebenso Anwendung. Diese Regelung gilt auch für Großplakate (über DIN A0).
- (4) Diese Werbemittel müssen innerhalb von 10 Tagen nach der Wahl wieder entfernt werden.
- (5) Anschläge, die auf eine Veranstaltung hinweisen, dürfen entgegen dem Verbot des § 1 Abs. 1 auch an der Stätte der Veranstaltung angebracht werden, wenn es die zur Verfügung über diese Stellen Berechtigten gestatten. Diese Anschläge sind jedoch spätestens eine Woche nach der Veranstaltung zu entfernen.
- (6) Im Übrigen kann die Gemeinde in besonderen Fällen – insbesondere anlässlich besonderer Ereignisse – im Einzelfall auf Antrag Ausnahmen von den Beschränkungen des § 1 gestatten, wenn dadurch das Orts- und Landschaftsbild oder ein Natur-, Kunst- oder Kulturdenkmal nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt wird und Gewähr besteht, dass die Anschläge innerhalb einer gesetzten Frist wieder beseitigt sind.

§ 4 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Nach Art. 28 Abs. 2 LStVG kann mit Geldbuße belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 1 Abs. 1 ohne eine Ausnahmegenehmigung nach § 3, Anschläge innerhalb der Plakatierungsverbotszonen anbringt oder anbringen lässt,
 2. entgegen § 1 Abs. 1 ohne eine Ausnahmegenehmigung nach § 3, mehr als 5 Plakatständer aufstellt,
 3. entgegen § 1 Abs. 1 ohne eine Ausnahmegenehmigung nach § 3, Plakate ohne Genehmigungsstempel aufstellt,
 4. entgegen § 1 Abs. 1 ohne Genehmigung öffentliche Bilddarstellungen vorführt,
 5. entgegen § 1 Abs. 2 die öffentlichen Anschläge nicht spätestens eine Woche nach der Veranstaltung entfernt,

Plakatierungsverordnung der Gemeinde Allmannshofen



6. entgegen § 3 Abs. 4 die öffentlichen Anschläge nicht innerhalb von 10 Tagen nach dem Wahltag oder Veranstaltungstag entfernt.

§ 5 Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Die Verordnung gilt 20 Jahre.

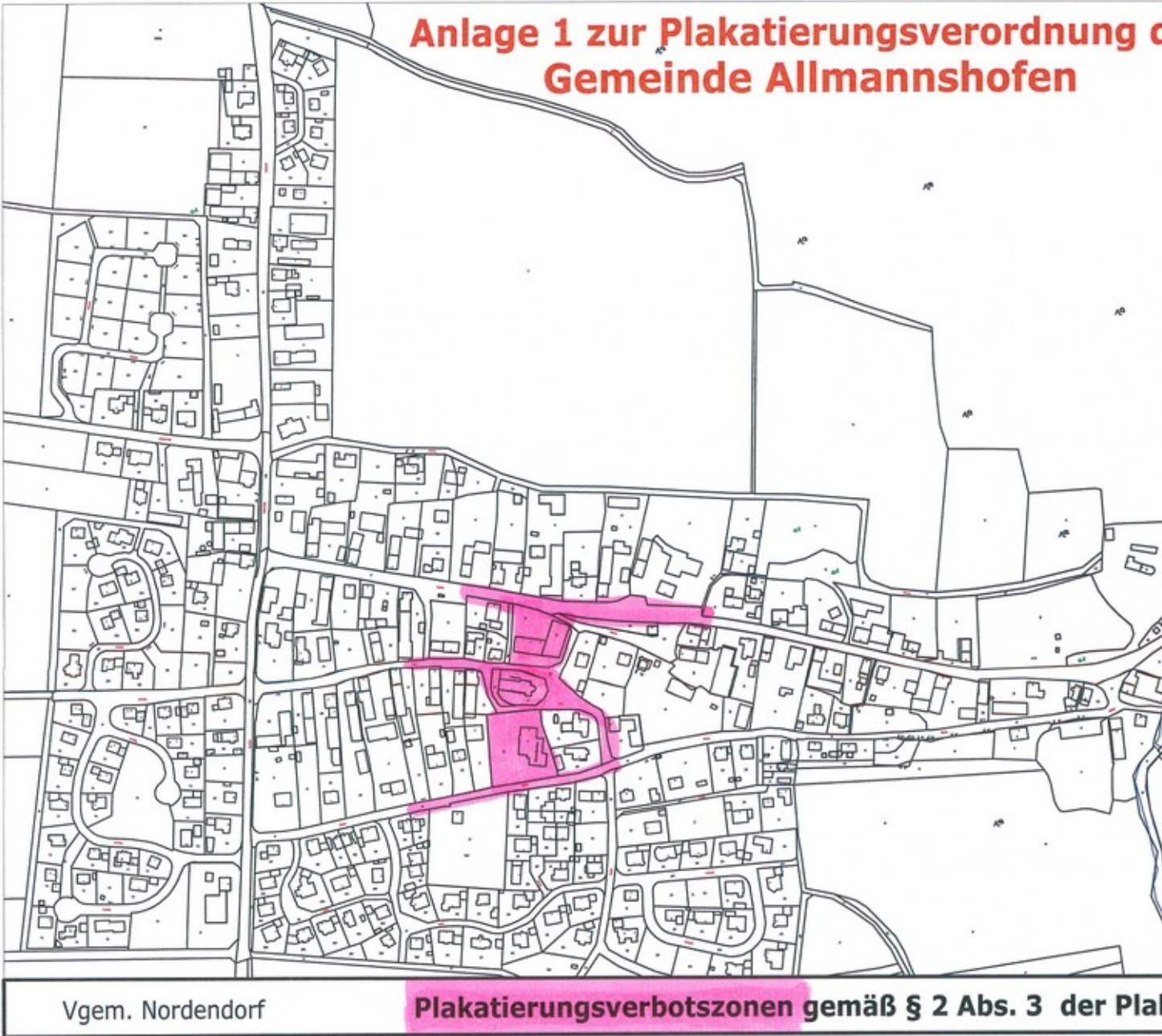
Allmannshofen, den 11.07.2017

gezeichnet

Manfred Brummer
Erster Bürgermeister

(Siegel)

Anlage 1 zur Plakatierungsverordnung Gemeinde Allmannshofen



Vgem. Nordendorf

Plakatierungsverbotszonen gemäß § 2 Abs. 3 der Pl

Anlage 1 zur Plakatierungsverordnung der Gemeinde Allmannshofen



Vgem. Nordendorf

Plakatierungsverbotszonen gemäß § 2 Abs. 3 der Plak



GEMEINDE ALLMANNSHOFEN
MITGLIED DER VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT
NORDENDORF



BEKANNTMACHUNG:

Der Gemeinderat Allmannshofen hat in seiner Sitzung vom **03.07.2017** den Neuerlass der **Verordnung über das Anbringen von Anschlägen und Plakaten und über die Darstellung durch Bildwerfer der Gemeinde Allmannshofen (Plakatierungsverordnung)** beschlossen.

Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Sie liegt während der allgemeinen Geschäftsstunden in der Geschäftsstelle der **Verwaltungsgemeinschaft Nordendorf**, Schäfflerstraße 6, Nordendorf, Zimmer 1.7 und in der **Gemeindekanzlei Allmannshofen**, Kirchstraße 20, Allmannshofen, zu den allgemeinen Amtsstunden des Ersten Bürgermeisters für jedermann zur Einsichtnahme auf.

Allmannshofen, den 11.07.2017

gezeichnet

Manfred Brummer
Erster Bürgermeister

(Siegel)

**Hinweis für die amtliche
Bekanntmachung**

Aushang an der Gemeindetafel

Angeschlagen: 13.07.2017

Abgenommen: 14.08.2017